

Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2025 BUND Augsburg

Klimaschutz

- Wie möchten Sie die Treibhausgasemissionen in Ihrem Wahlkreis reduzieren (Maßnahmen, Zeitplan)?

Wir sehen folgende Maßnahmen vor: Ausbau erneuerbarer Energien, Unterstützung von Bürgerenergieprojekten, Förderung nachhaltiger Mobilität, klimafreundliches Bauen und Sanieren, nachhaltige Beschaffung und Verpflegung in Schulen, Kitas, Behörden usw., mehr Grünflächen und Dachbegrünung, Wiedervernässung von Mooren, Waldschutz usw. Für alles braucht man aber Geld, wovon der Bund mehr bereitstellen sollte, verschuldete Kommunen sollten einen Schuldenerlass bekommen und bei konkreten Maßnahmen sollte darauf verzichtet werden, dass die Kommunen einen Eigenanteil aufbringen müssen. Wir plädieren dafür, dass man bei möglichst vielen Maßnahmen die Einwohner:innen daran beteiligt – von der Entscheidungsfindung über Zuschüsse bis hin zur Beratung.

- Welche Maßnahmen möchten Sie umsetzen, um den Folgen der Klimaveränderung wie z.B. einer Überhitzung, Wassermangel in Ihrem Wahlkreis zu begegnen?

Kommunen müssen mehr Fördermittel für Grünanlagen als für Flächenversiegelung erhalten und nicht umgekehrt, wie es derzeit der Fall ist. Es muss zur Klimaanpassungsstrategie gehören, dass Städte, Kommunen und Länder nicht nur über geplante Maßnahmen berichten, sondern dass diese auch konsequent und verpflichtend umgesetzt werden und dass es dafür auch eine entsprechende Finanzierung vom Bund gibt.

Konkret wollen wir durch mehr Grünflächen, die sowohl kühlen als auch Schatten spenden, Trinkwasserbrunnen und Flächenentsiegelung der Überhitzung entgegenwirken und den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland durch eine bessere Raumplanung für Frischluftschneisen verbessern. Wir müssen auch den Gewässern soweit möglich mehr Raum geben und Auen schaffen. Städte müssen zu Schwammstädten werden, damit das Wasser bei Starkregen lokal aufgenommen, gespeichert und bei Bedarf wieder abgegeben wird.

Energiewende

- **Wie möchten Sie den Ausstieg aus fossilen Energieträgern umsetzen?**

Wir streben Klimaneutralität bis 2040 an – die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren so viel verschleppt, dass Klimaneutralität bis 2035 nicht mehr zu erreichen ist. Wir denken alle Sektoren zusammen, weil nur ein ganzheitlicher Ansatz und Sektorenkopplung sinnvoll sind. Wir halten am Verbrenner-Aus im Jahr 2035 fest, wollen aus der Kohlenutzung bis 2030 aussteigen, die Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung bis 2035 beenden, die Fahrgastzahlen im ÖPNV und der Bahn bis 2030 verdoppeln, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25 Prozent erhöhen. Diese Ausstiegs- und Klimaneutralitätsziele müssen stets sozial verträglich sein und mit einer Bürgerbeteiligung verknüpft sein. Wir fordern ein soziales Klimageld, von dem Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen besonders profitieren und das an die steigenden CO₂-Preise angepasst wird. Mit dem EE-Anteil muss auch die Effizienz steigen und Speicher gebaut werden.

- Ist für Sie eine Rückkehr zur Nutzung der Atomenergie eine Option?

Nein – das wäre gefährlich, teuer, langsam, umweltschädlich und wir haben keine Endlagerlösung.

Wärmewende

- Welche konkreten Maßnahmen möchten Sie für eine klimaneutralen Wärmenutzung ergreifen, bundesweit und in Ihrem Wahlkreis?

Wir wollen die Kommunen bei der Wärmeplanung besser unterstützen, Wärmepumpen (betrieben mit erneuerbarem Strom), Nah- und Fernwärme (aus nachhaltigen Quellen) und Kraft-Wärme-Kopplung unterstützen und miteinander verzahnen. Wir wollen die Förderung für den Heizungstausch und die Gebäudesanierung erhöhen und nach Einkommen staffeln. Wohnungskonzerne sollen Zugang zu öffentlichen Fördermitteln für energetische Sanierungen erhalten, wenn sie sich im Gegenzug auf gemeinnützige Bewirtschaftung mit Mietobergrenzen und der Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen verpflichten. Wir fordern eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Fortbildungsprogramme für Wärmepumpen und andere regenerative Heizsysteme um zu verhindern, dass die Wärmewende am Fachkräftemangel scheitert.

Biodiversität

- Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, um den alarmierenden Artenschwund aufzuhalten?

Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur muss ambitioniert umgesetzt und die Umsetzung kontrolliert werden. Unabdingbar ist dabei eine angemessene finanzielle und persönliche Ausstattung, klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen, ein transparentes Monitoring und verbindliche nationale Aktionspläne. Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen müssen erweitert werden. Die Raumplanung muss die Öffentlichkeit, die Umweltverbände und die Wissenschaft einbeziehen. In diesem Zusammenhang kritisiert DIE LINKE, dass Beschleunigungsgesetze auf Kosten des Naturschutzes beschlossen und LNG-Überkapazitäten geschaffen wurden, die die Natur und den Klimaschutz beeinträchtigen. Für unsere wirtschaftlichen Aktivitäten braucht es klare und verbindliche Regeln mit harten Sanktionen und einem ambitionierten Vollzug.

- **Wie sind Ihre konkreten Pläne zur Identifizierung und zum Schutz der Lebensräume gefährdeter Arten?**

Für unsere Pläne zum Schutz siehe vorherige Frage. Bei der Identifizierung konkreter Lebensräume müssen wir Forschung und Monitoring fördern, das Bundesprogramm Biologische Vielfalt aufstocken, neue Wildnisgebiete ausweisen, deren Voraussetzung die Identifizierung geeigneter Flächen ist, und die Umweltverwaltung finanziell und personell besser ausstatten.

- **Werden Sie sich für ein Verbot von Steingärten einsetzen?**

Ja. In vielen Kommunen und sogar ganzen Bundesländer sind sie bereits verboten. Sie heizen sich stark auf, speichern das Wasser nicht, der Staub nimmt zu, sie tun für die Biodiversität gar nichts. Außerdem sind sie teuer und nicht pflegeleicht.

Flächenverbrauch

- Welchen maximalen Flächenverbrauchs (Verbrauch ha/Tag) streben Sie an und welche Maßnahmen schlagen Sie zur Erreichung dieses Ziels vor?

Wir müssen den Trend hin zur Flächenentsiegelung umkehren. Neuversiegelung soll nur stattfinden, wenn sie mit einer ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergeht. Hierzu benötigen die Regionen eine entsprechende finanzielle, technische und planerische Unterstützung.

Mobilität

- Wie stehen Sie zur Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen, Landstraßen und innerorts (km/h)?

Wir fordern die Einführung eines Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 km/h – außer auf Hauptverkehrsachsen. Wie Tempo 80 auf Landstraßen sind dies wichtige Beiträge zur Verkehrssicherheit (Vision Zero) und sofort wirksame Beiträge zum Klimaschutz.

- Wie stehen Sie zu einem Verbot der Neuzulassung von Verbrennerautos?

Im Rahmen einer konsequenten Mobilitätswende halten wir das in einer EU-Richtlinie vorgesehene Auslaufen des Verkaufs neuer Autos mit Verbrennungsmotors für richtig. Für die Nutzung des Elektroantriebs spricht die erheblich größere Energieeffizienz, sowie die Möglichkeit über die Umstellung der Stromproduktion auf die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien auch den Antrieb von Fahrzeugen klimaneutral zu machen. Die Rücknahme der Entscheidung zur Beendigung der Nutzung von Verbrennungsmotoren von Autos setzt die Autoindustrie unter zusätzlichen Druck. Produktentwicklung und Umstellung der Fabriken erfordern berechenbare Rahmenbedingungen. Die politische Gestaltungsaufgabe besteht darin, die notwendige Ladeinfrastruktur zu schaffen und auf das Angebot bezahlbarer und verbrauchsarmer Autos zu drängen.

- **Wie möchten Sie in Ihrem Wahlkreis die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördern?**

Die Linke will den Preis des Deutschlandtickets zunächst auf 9 Euro senken. Wir wollen, dass der öffentliche Verkehr häufiger fährt, die angefahrenen Orte ausgedehnt und Rufsysteme genutzt werden können. Wir geben eine bundesweite Mobilitätsgarantie – insbesondere für ländliche Gebiete: von 6 bis 22 Uhr fährt der öffentliche Verkehr mindestens im Stundentakt mit der Perspektive eines Taktes von 30 Minuten. Von der Endhaltstelle bis zu Hause sollen Elektrokleinbussen angeboten werden. Ein gut ausgebauter ÖPNV ist ein wichtiges Mittel, um allen Menschen gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen. Zur Finanzierung müssen die Regionalisierungsmittel (Mittel des Bundes an die Länder für den öffentlichen Nahverkehr) kurzfristig verdoppelt werden.

- Sind Sie für eine Beibehaltung eines preisgünstigen Deutschlandtickets, das auch für Familien attraktiv ist?

Die Linke will den Preis des Deutschlandtickets auf 9€ senken. Schüler*innen, Jugendliche & Azubis bekommen es kostenlos. Auch das Sozialticket und das Ticket für Senior*innen soll es zum Nulltarif geben. Diese Regelungen werden auch Familien erheblich entlasten.

-
- Hat für Sie der Neubau von Straßen oder der Ausbau des Schienennetzes Vorrang?

Die Linke will den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen und Bundesstraßen sofort aussetzen. Ab sofort muss der Vorrang bei der Erhaltung des Schienen- und Straßennetzes liegen. Wir wollen das gefährliche weitere Zerbröseln der Infrastruktur, insbesondere von Brücken und Tunneln, sofort beenden. Beim Neubau hat die klima- und umweltfreundliche Bahn Vorfahrt, um ihre Kapazitäten zu erhöhen und auch in der Fläche neue Anschlüsse zu schaffen.

- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um den Fahrradverkehr attraktiver zu machen?

Wir wollen mehr Platz für den Fahrradverkehr, mehr sichere, intakte und gepflegte Rad- und Fußwege, konfliktvermeidendes Design von Kreuzungen, mehr Radschnellwege und mehr Fahrradabstellanlagen, auch besonders sichere für E-Bikes und Pedelecs. An Bahnhöfen und überall, wo es Sinn macht, sollen ausreichend Stellplätze selbstverständlich werden. Mobilitätsstationen in der Fläche sollen einen reibungslosen Wechsel der Verkehrsmittel ermöglichen.

Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.

Landwirtschaft

- Sind Sie für ein Verbot von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln?

Ja, unbedingt. Glyphosat gilt als krebserregend und kann für eine ökologische Landwirtschaft kein Gegenstand der Nutzung mehr sein. Es gilt, für die Wiederherstellung der Natur auf nachhaltige und auch langfristig umweltverträgliche Pflanzenschutzmittel umzustellen.

- Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich, um den Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe bis 2030 auf 30 % zu erhöhen?

Es geht immer um eine sinnvolle Kombination aus Öko-Landbau und konventioneller Landwirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsstandards einzuhalten hat. Vor allem müssen die Landwirtinnen und Landwirte beim sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft mitgenommen werden. Es geht also um einen sozial und ökologisch verträglichen Umbau, von dem alle Beteiligten (Natur, Produzenten, Verbraucherinnen und Verbraucher) etwas haben. Die Erhöhung des Anteils der ökologischen wirtschaftenden Betriebe bis 2030 auf 30% ist und bleibt auch Ziel der linken Agrarwende, wobei man dabei aus unserer Sicht aber nicht stehenbleiben darf. Zu den ersten Maßnahmen gehören staatliche Förderprogramme (für Öko-flächennutzung und den Umbau der Tierhaltung), eine angemessene Honorierung von Ökosystemleistungen sowie die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf regionale

Wirtschaftskreisläufe. Ganz allgemein ist aber mittelfristig vor allem darüber nachzudenken, wie sich die Agrarökonomie von Marktgläubigkeit und Effizienzdenken emanzipiert. Eine bessere Steuerung der EU-Finanzmittel in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zum Nutzen ökologischer Betriebe ist ebenfalls erforderlich.

- Sind Sie für die Beibehaltung der Vorgaben des Gentechnikgesetzes auch für die Neuen Formen der Gentechnik (z.B. Crispr/Cas)?

Ja. Die neuen Formen der Gentechnik sind beileibe noch nicht so weit ausgetestet, dass sie als unbedenklich eingestuft werden könnten. Die Vorgaben des Gentechnikgesetzes ziehen nicht umsonst eine klare Trennlinie zwischen natürlicher und über genveränderte Substanzen erfolgter Züchtung und Fortpflanzung. Eine Aufweichung der Vorgaben würde diese Unterscheidung hinfällig machen und die Gefahr heraufbeschwören, die natürlichen Grundlagen der landwirtschaftlich genutzten Umwelt dauerhaft zu beeinträchtigen. Außerdem stellt sich die Frage der Patentierung neuer Züchtungsmethoden, die unter den gegebenen Umständen Monopolstrukturen erzeugt. Eine Patentierung von Leben lehnt Die Linke grundsätzlich ab.

- **Wald**
- Welche Bedeutung hat für Sie die Nutzung von Holz für energetische Zwecke?

Deutsche Wälder sind mittlerweile eine CO₂-Quelle. Holzverbrennung ist klima- und umweltschädlich und deshalb nicht im großen Stil zu verantworten.

- Planen Sie die Nutzung von Holz als Baustoff in Ihrem Wahlkreis zu fördern (Förderung der Forstwirtschaft, CO₂-Fixierung)?

Wenn ja, wie?

Ja. Wir wollen den ökologischen Holzbau durch bürokratische Erleichterungen und die Förderung der ökologischen Forstwirtschaft unterstützen.

- Wie kann Ihrer Meinung nach der Umbau zu klimafesten Waldbeständen gefördert werden?

Vor allem mit finanziellen Mitteln – wir fordern 1 Milliarde Euro jährlich für den ökologischen Waldumbau, durch den Monokulturen sukzessive durch Laubmischwälder ersetzt werden.

Wasser

- Wie stehen Sie zum Neubau von Wasserkraftwerken und speziell zum Vorhaben von Uniper zum Bau eines Kraftwerks am

Lech bei Flusskilometer 50,4?

Wir haben diese Projekt bisher nicht abschließend bewertet. Nach derzeitigem Stand würden wir es wahrscheinlich ablehnen, weil es umwelttechnisch bedenklich ist und mit dem Projekt «Licca liber» (der freie Lech) nicht vereinbar ist. Es gibt in Bayern auch bessere Möglichkeiten der Nutzung von erneuerbaren Energien.

- Deutschland hinkt bei der Umsetzung der der EU-Wasserrahmenrichtlinie, nach der bis 2015 und in Ausnahmefällen bis 2027 alle Gewässer in einen „guten ökologischen“ und „guten chemischen Zustand“ zu bringen sind, weit hinterher. Was muss getan werden, um die Vorgaben zu erfüllen?

Auf der Bundesebene wollen wir mit 100 Mio. jährlich für den Rückbau von Querbauwerken sorgen – das ist für den Umweltschutz aber auch Hochwasserschutz bedeutend. Lokal wollen wir die Wasserbetriebe rekommunalisieren, um die Wasserversorgung in öffentliche Hand zu bringen und so eine demokratische Kontrolle sowie eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen. Gewässer müssen strenger geschützt werden und die Schutzgebiete ausgeweitet werden. Es braucht strengere Grenzwerte für Schadstoffe, eine konsequente Reduzierung der Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, ambitionierte Renaturierung, bessere Abwasserbehandlung - die 4. und 5. Reinigungsstufe bei Kläranlagen ist von den Verursachern (Pharmaindustrie) zu bezahlen.

- Werden Sie sich für die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Umsetzung von Licca liber 1 einsetzen?

Ja, die Stabilisierung und Renaturierung des Lechs unterstützen wir und fordern die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Projektumsetzung.

- Wie möchten Sie sich den Hochwasserschutz in Ihrem Wahlkreis umsetzen?

Wir müssen den Gewässern soweit möglich mehr Raum geben und Auen schaffen. Städte müssen zu Schwammstädten werden, damit das Wasser bei Starkregen lokal aufgenommen, gespeichert und bei Bedarf wieder abgegeben wird. Entsprechende Initiativen haben und werden wir weiterhin in Kommunalparlamenten stellen. Wir wollen Vorsorgemaßnahmen auch für kleine Flüsse durchsetzen. Beim Hochwasserschutz ist allerdings eine überregionale Kooperation notwendig.

Abfall

- Welche Maßnahmen würden Sie zur Reduzierung des Müllaufkommens vorschlagen?

Wir wollen klare Vorgaben und Einschränkungen wie einen weitreichenden Verbot von Einwegverpackungen, eine Plastiksteuer und ein Verbot von geplanter Obsoleszenz. In der EU setzen wir uns für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen ein. Wir wollen neue Ökodesignvorgaben und eine längere Gewährleistungsdauer für nachhaltige Produkte: Wir stellen Anforderungen an Lebensdauer von Produkten. Updates, Upgrades, Reparaturen und die Weiterverwendung müssen möglich sein. Für langlebige Produkte braucht es eine Gewährleistungsdauer, die sich an der Lebensdauer der Produkte orientiert. Informationen dazu sollen gut sichtbar am Produkt angebracht sein. Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge zurück in die öffentliche Hand.

- Welche Verfahren sind geeignet, um Klärschlamm umweltfreundlich aufzubereiten anstatt ihn zu verbrennen?

Geeignete Verfahren hängen von der Schadstoffbelastung ab – z.B. bei erhöhten PFAS-Gehalten ist nur eine Hochtemperaturverbrennung möglich.

Mögliche Verfahren sind die Phosphorrückgewinnung (die Klärschlamm-Mono-Verbrennung ist brennstoff- und emissionstechnisch anspruchsvoll; wir sehen sie kritisch; die Möglichkeiten müssen noch weiter erprobt werden, um die beste Methode auszuwählen) oder die anaerobe Vergärung, bei der Biogas entsteht und der Rest zum Düngen verwendet werden kann (aber nur bei einer geringen Schadstoffbelastung!)

Jegliche Aufbereitung darf die Abwassergebühren für die Verbraucher:innen nicht erhöhen.